

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 12 Absatz 4, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] der Datenschutzbehörde vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 20 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 21 wird eingefügt:

„21. Erziehungsberechtigter: natürliche Person, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses die elterliche Autorität über das Kind ausübt.“

Art 2 – Artikel 10 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird aufgehoben.

2. In Absatz 3 wird die Angabe „Artikeln 119.2 Absatz 1 und 119.3 Absatz 1“ durch die Angabe „Artikeln 119.2 §1 Absatz 1 und 119.3 §1 Absatz 1“ und das Wort „Juli“ durch das Wort „September“ ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Die im Anhang festgelegten Einkommensstufen werden nicht indexiert.“

Art. 3 – Artikel 80 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe a) wird das Wort „zehn“ durch das Wort „neun“ ersetzt.

2. In Nummer 1 Buchstabe c) wird das Wort „zehn“ durch das Wort „neun“ ersetzt.
3. In Nummer 2 Buchstabe a) wird das Wort „zehn“ durch das Wort „neun“ ersetzt.
4. In Nummer 2 Buchstabe d) wird das Wort „zehn“ durch das Wort „neun“ ersetzt.

Art. 4 – Artikel 82 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 Nummer 2 wird die Angabe „60%“ durch die Angabe „70%“ ersetzt.
2. In §2 Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „40%“ durch die Angabe „50%“ ersetzt.
3. In §2 Absatz 2 Nummer 1 wird die Wortfolge „bei Familien, die mindestens zwei Kinder unter drei Jahren steuerlich zu Lasten haben“ durch die Wortfolge „insofern mindestens zwei Kinder unter drei Jahren im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen im Haushalt der gemäß Artikel 83 §1 Absätze 1 und 2 für die Berechnung der Kostenbeteiligung berücksichtigten Personen leben“.
4. §2 Absatz 2 Nummer 2 wird aufgehoben.
5. §2 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:
„Für die Anwendung von Absatz 2 Nummer 1 reichen die Personen, die ihren Wohnsitz in Belgien haben, die entsprechende Haushaltszusammensetzung bei dem Tagesmütterdienst ein. Personen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, reichen einen gleichwertigen Beleg bei dem Tagesmütterdienst ein oder geben, falls ein solcher Beleg nicht existiert, eine entsprechende Erklärung ab, dass sie einen Haushalt bilden.“
6. In §2 wird folgender Absatz 4 eingefügt:
„Für die Anwendung von Absatz 2 Nummer 3 reichen die Personen den entsprechenden Beleg bei dem Tagesmütterdienst ein.“
7. Folgender §3 wird eingefügt:
„§3 - Der Tagesmütterdienst kann den Erziehungsberechtigten zusätzlich zur Kostenbeteiligung vertragliche administrative und/oder finanzielle Sanktionen auferlegen. Zu diesem Zweck erstellt er ein vom Minister zu genehmigendes Konzept. Das Konzept regelt mindestens:
 1. die Situationen, die zu einer Sanktionierung führen;
 2. die Art und, insofern es sich um eine finanzielle Sanktion handelt, die Höhe der jeweiligen Sanktion;
 3. die einzuhaltenden Schritte bei der Sanktionierung;
 4. die Bearbeitung von Einsprüchen der Erziehungsberechtigten;
 5. die Folgen der Nichtbegleichung der durch die Sanktionen entstandenen Verbindlichkeiten durch die Erziehungsberechtigten.“

Art. 5 – Artikel 83 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Mai 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „volljährigen Haushaltsmitglieder des Antragstellers“ durch die Wortfolge „Erziehungsberechtigten des Kindes“ ersetzt.
2. §1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Ist das Kind lediglich an der Adresse eines Erziehungsberechtigten gemeldet, wird die Kostenbeteiligung in Abweichung von Absatz 1 aufgrund der kumulierten Einkommen des Antragstellers sowie, falls vorhanden, einer weiteren im selben Haushalt wie der Antragsteller gemeldeten volljährigen Person berechnet. Sind neben dem Antragsteller mehr als eine weitere volljährige Person in dem Haushalt gemeldet, wird neben dem Einkommen des Antragstellers das Einkommen der Person mit dem höchsten Einkommen berücksichtigt.“
3. In §1 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
„Für die Anwendung der Absätze 1 und 2 reichen die Antragsteller, die ihren Wohnsitz in Belgien haben, die entsprechende Haushaltszusammensetzung bei dem Tagesmütterdienst ein. Antragsteller, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, reichen einen gleichwertigen Beleg bei dem Tagesmütterdienst ein oder geben, falls ein solcher Beleg nicht existiert, eine

entsprechende Erklärung ab, dass sie einen Haushalt bilden.“

4. Absatz 3 wird zu §1.1 Absatz 1.

5. Absatz 4 wird zu §1.1 Absatz 2.

6. Absatz 5 wird zu §1.1 Absatz 3.

7. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Juni“ durch das Wort „August“ und das Wort „Juli“ durch das Wort „September“ ersetzt.

8. In §3 wird das Wort „Juli“ durch das Wort „September“ ersetzt.

9. In §5 wird die Wortfolge „die niedrigste“ durch das Wort „keine“ ersetzt.

Art. 6 – Artikel 85 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Der Tagesmütterdienst fordert die Tagespauschale nicht ein für Tage, an denen keine Betreuung angeboten wird.“

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 fordert der Tagesmütterdienst im Falle einer Abwesenheit aufgrund von Krankheit des Kindes, die durch ein medizinisches Attest belegt ist, das sich über mehr als sieben aufeinanderfolgende Kalendertage erstreckt, ab dem achten Kalendertag für die verbleibende Dauer des medizinischen Attests keine Tagespauschale ein. Zu diesem Zweck liegt das medizinische Attest dem Tagesmütterdienst spätestens an dem auf dem medizinischen Attest angegebenen Enddatum vor.“

Art. 7 – Artikel 97 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe a) wird das Wort „zehn“ durch das Wort „neun“ ersetzt.

2. In Buchstabe c) wird das Wort „zehn“ durch das Wort „neun“ ersetzt.

Art. 8 – Artikel 119.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird zu §1 Absatz 1.

2. In Absatz 1, der zu §1 Absatz 1 wird, wird folgender Satz eingefügt:

„Die Kostenbeteiligung wird an Schultagen mittwochs für die erste Betreuungsstunde um den Betrag erhöht, der dem durch das Zentrum für Kinderbetreuung gezahlten Tarif für ein warmes Mittagessen entspricht.“

3. Absatz 3, der zu §1 Absatz 3 wird, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 82 §3 ist auf die Standorte der außerschulischen Betreuung entsprechend anwendbar.“

4. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Der Standort der außerschulischen Betreuung fordert im Rahmen des im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplans die zu zahlende Tagespauschale ein, unabhängig der tatsächlichen Anwesenheit des Kindes.

In Abweichung von Absatz 1 fordert der Dienstleister die zu zahlende Tagespauschale für die tatsächliche Anwesenheit ein, wenn diese über den im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplan hinaus geht.

Der Standort der außerschulischen Betreuung fordert die Tagespauschale nicht ein für Tage, an denen keine Betreuung angeboten wird.

In Abweichung von Absatz 1 fordert der Standort der außerschulischen Betreuung im Falle einer Abwesenheit aufgrund von Krankheit des Kindes, die durch ein medizinisches Attest belegt ist, das sich über mehr als sieben aufeinanderfolgende Kalendertage erstreckt, ab dem achten Kalendertag für die verbleibende Dauer des medizinischen Attests keine Tagespauschale ein. Zu diesem Zweck liegt das medizinische Attest dem Standort der

außerschulischen Betreuung spätestens an dem auf dem medizinischen Attest angegebenen Enddatum vor.”

Art. 9 – Artikel 119.3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird zu §1 Absatz 1.

2. Absatz 2, der zu §1 Absatz 2 wird, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 82 §3 ist auf die Standorte der außerschulischen Betreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung an Ferientagen und pädagogischen Konferenztagen entsprechend anwendbar.“

3. Absatz 3, der zu §1 Absatz 3 wird, wird wie folgt ersetzt:

„§2 - Der Standort der außerschulischen Betreuung fordert im Rahmen des festgelegten Betreuungsplans die zu zahlende Tagespauschale ein, unabhängig der tatsächlichen Anwesenheit des Kindes.

In Abweichung von Absatz 1 fordert der Standort der außerschulischen Betreuung die zu zahlende Tagespauschale für die tatsächliche Anwesenheit ein, wenn diese über den festgelegten Betreuungsplan hinaus geht.

Der Standort der außerschulischen Betreuung fordert die Tagespauschale nicht ein für Tage, an denen keine Betreuung angeboten wird.

In Abweichung von Absatz 1 fordert der Standort der außerschulischen Betreuung im Falle einer Abwesenheit aufgrund von Krankheit des Kindes, die durch ein medizinisches Attest belegt ist, das sich über mehr als sieben aufeinanderfolgende Kalendertage erstreckt, ab dem achten Kalendertag für die verbleibende Dauer des medizinischen Attests keine Tagespauschale ein. Zu diesem Zweck liegt das medizinische Attest dem Standort der außerschulischen Betreuung spätestens an dem auf dem medizinischen Attest angegebenen Enddatum vor.“

Art. 10 – Der Anhang desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023, wird durch den Anhang des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 11 – Vorliegender Erlass tritt am 30. Juni 2026 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 8 Nummer 4, der an einem vom Minister für Familie festgelegten Zeitpunkt in Kraft tritt.

Art. 12 – Der Minister für Familie wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
L. KLINKENBERG

Lydia

Klinkenberg



Digital
unterschrieben von
Lydia Klinkenberg
Datum: 2026.03.17
09:12:41 +01'00'

Anhang zum Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

Anhang zum Erlass der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

Einkommen in EUR	Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten in EUR
Einkommensstufe	Tagespauschale gemäß Art. 82 §1
0,00-45.999,99	1,53
46.000,00-57.499,99	6,12
57.500,00-68.999,99	7,65
69.000,00-80.499,99	9,18
80.500,00-91.999,99	10,71
92.000,00-103.499,99	12,24
103.500,00-114.999,99	13,77
115.000,00-126.499,99	16,26
126.500,00-137.999,99	17,79
138.000,00-149.499,99	19,32
149.500,00-160.999,99	20,85
161.000,00-172.499,99	22,38
172.500,00-183.999,99	23,91
184.000,00-199.999,99	25,44
mindestens 200.000,00	26,97

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
L. KLINKENBERG

**Lydia
Klinkenberg**

Digital unterschrieben von
Lydia Klinkenberg
Datum: 2026.03.17 09:13:05
+01'00'

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 12, vierde lid, ingevoegd bij het decreet van de Regering van 14 december 2023;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

Artikel 1 – In artikel 1 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 20° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 21°, luidende:

"21° persoon belast met de opvoeding: natuurlijke persoon die op basis van de wet of een rechterlijke beslissing het ouderlijk gezag over het kind uitoefent."

Art. 2 – In artikel 10 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt opgeheven;

2° in het derde lid worden de woorden "artikel 119.2, eerste lid, en artikel 119.3, eerste lid" vervangen door de woorden "artikel 119.2, § 1, eerste lid, en artikel 119.3, § 1, eerste lid" en wordt het woord "juli" vervangen door het woord "september" en voorts wordt het derde lid aangevuld met de volgende zin:

"De in de bijlage vastgelegde inkomensklassen worden niet geïndexeerd."

Art. 3 – In artikel 80 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1°, a), wordt het woord "tien" vervangen door het woord "negen";

- 2° in de bepaling onder 1°, c), wordt het woord "tien" vervangen door het woord "negen";
- 3° in de bepaling onder 2°, a), wordt het woord "tien" vervangen door het woord "negen";
- 4° in de bepaling onder 2°, d), wordt het woord "tien" vervangen door het woord "negen".

Art. 4 – In artikel 82 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, 2°, wordt het getal "60" vervangen door het getal "70";

2° in § 2, eerste lid, 3°, wordt het getal "40" vervangen door het getal "50";

3° in § 2, tweede lid, 1°, worden de woorden "voor gezinnen met minstens twee kinderen onder drie jaar die fiscaal ten laste zijn," vervangen door de woorden "voor zover minstens twee kinderen onder drie jaar in de zin van artikel 3, eerste lid, 9°, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen in het gezin leven van de personen die overeenkomstig artikel 83, § 1, eerste en tweede lid, voor de berekening van de kostenbijdrage worden meegeteld,";

4° in § 2, tweede lid, wordt de bepaling onder 2° opgeheven;

5° § 2, derde lid, wordt vervangen als volgt:

"Voor de toepassing van het tweede lid, 1°, dienen de personen die hun woonplaats in België hebben, de dienovereenkomstige gezinssamenstelling in bij de dienst voor onthaalouders. Personen die hun woonplaats in het buitenland hebben, dienen een gelijkwaardig bewijs in bij de dienst voor onthaalouders of verstrekken, als een dergelijk bewijs niet bestaat, een dienovereenkomstige verklaring dat ze een gezin vormen.";

6° paragraaf 2 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Voor de toepassing van het tweede lid, 3°, dienen de personen het dienovereenkomstige bewijs in bij de dienst voor onthaalouders.";

7° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 – De dienst voor onthaalouders kan de personen belast met de opvoeding, bovenop de kostenbijdrage, administratieve en/of financiële sancties opleggen die krachtens een overeenkomst zijn vastgelegd. Daartoe werkt hij een door de Minister goed te keuren concept uit. Het concept regelt minstens:

1° de situaties die aanleiding geven tot het opleggen van een sanctie;

2° de aard en, voor zover het om een financiële sanctie gaat, het bedrag van de sanctie;

3° de opeenvolgende stappen die bij het opleggen van een sanctie moeten worden doorlopen;

4° de behandeling van de beroepen die door de personen belast met de opvoeding worden ingesteld;

5° de gevolgen van de niet-vereffening van de schulden die door de sancties voor de personen belast met de opvoeding zijn ontstaan."

Art. 5 – In artikel 83 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 mei 2025, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "meerderjarige gezinsleden van de aanvrager" vervangen door de woorden "personen belast met de opvoeding van het kind";

2° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Als het kind louter gemeld staat op het adres van een persoon belast met de opvoeding, wordt de kostenbijdrage in afwijking van het eerste lid berekend op basis van het gecumuleerd inkomen van de aanvrager en, indien van toepassing, van een andere meerderjarige persoon die gemeld staat op het adres van hetzelfde gezin als de aanvrager. Als naast de aanvrager meer dan één andere meerderjarige persoon op het adres van het gezin gemeld staat, wordt naast het inkomen van de aanvrager rekening gehouden met het inkomen van de persoon met het hoogste inkomen.";

3° paragraaf 1 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Voor de toepassing van het eerste en het tweede lid dienen de aanvragers die hun woonplaats in België hebben, de dienovereenkomstige gezinssamenstelling in bij de dienst voor onthaalouders. Aanvragers die hun woonplaats in het buitenland hebben, dienen een gelijkwaardig bewijs in bij de dienst voor onthaalouders of verstrekken, als een dergelijk bewijs niet bestaat, een

dienovereenkomstige verklaring dat ze een gezin vormen.";

4° het derde lid wordt § 1.1, eerste lid;

5° het vierde lid wordt § 1.1, tweede lid;

6° het vijfde lid wordt § 1.1, derde lid;

7° in § 2, eerste lid, wordt het woord "juni" vervangen door het woord "augustus" en wordt het woord "juli" vervangen door het woord "september";

8° in paragraaf 3 wordt het woord "juli" vervangen door het woord "september";

9° in paragraaf 5 worden de woorden "de laagste" vervangen door het woord "geen".

Art. 6 – In artikel 85 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het derde lid wordt vervangen als volgt:

"De dienst voor onthaalouders vordert het dagforfait niet in voor dagen waarop geen opvang wordt aangeboden.";

2° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid vordert de dienst voor onthaalouders, in geval van een afwezigheid wegens ziekte van het kind die gestaafd is met een medisch attest van meer dan zeven opeenvolgende kalenderdagen, vanaf de achtste kalenderdag geen dagforfait in voor de resterende duur van het medisch attest. Daartoe wordt het medisch attest uiterlijk op de datum waarop het medisch attest afloopt, ingediend bij de dienst voor onthaalouders."

Art. 7 – In artikel 97 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder a) wordt het woord "tien" vervangen door het woord "negen";

2° in de bepaling onder c) wordt het woord "tien" vervangen door het woord "negen".

Art. 8 – In artikel 119.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt § 1, eerste lid;

2° het eerste lid, dat § 1, eerste lid, wordt, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Op schooldagen wordt de kostenbijdrage 's woensdags voor het eerste opvanguur verhoogd met het bedrag dat overeenstemt met het tarief voor een warm middagmaal dat door het centrum voor kinderopvang is betaald.";

3° het derde lid, dat § 1, derde lid, wordt, wordt vervangen als volgt:

"Artikel 82, § 3, geldt mutatis mutandis ook voor de locaties voor buitenschoolse opvang.";

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 – In het kader van het in het opvangcontract vastgelegd opvangplan vordert de locatie voor buitenschoolse opvang het verschuldigde dagforfait in, ongeacht de werkelijke aanwezigheid van het kind.

In afwijking van het eerste lid vordert de dienstverrichter het verschuldigde dagforfait in op basis van de werkelijke aanwezigheid als die het in het opvangcontract vastgelegd opvangplan overschrijdt.

De locatie voor buitenschoolse opvang vordert het dagforfait niet in voor dagen waarop geen opvang wordt aangeboden.

In afwijking van het eerste lid vordert de locatie voor buitenschoolse opvang, in geval van een afwezigheid wegens ziekte van het kind die gestaafd is met een medisch attest van meer dan zeven opeenvolgende kalenderdagen, vanaf de achtste kalenderdag geen dagforfait in voor de resterende duur van het medisch attest. Daartoe wordt het medisch attest uiterlijk op de datum waarop het medisch attest afloopt, ingediend bij de locatie voor buitenschoolse opvang."

Art. 9 – In artikel 119.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 december 2023 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 23 mei 2024, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt § 1, eerste lid;

2° het tweede lid, dat § 1, tweede lid, wordt, wordt vervangen als volgt:

"Artikel 82, § 3, is van toepassing op de locaties voor buitenschoolse opvang in het kader van een buitenschoolse opvang op vakantiedagen en pedagogische conferentiedagen.";

3° het derde lid, dat § 1, derde lid, wordt, wordt vervangen als volgt:

"§ 2 – In het kader van het vastgelegd opvangplan vordert de locatie voor buitenschoolse opvang het verschuldigde dagforfait in, ongeacht de werkelijke aanwezigheid van het kind.

In afwijking van het eerste lid vordert de locatie voor buitenschoolse opvang het verschuldigde dagforfait in op basis van de werkelijke aanwezigheid als die het vastgelegd opvangplan overschrijdt.

De locatie voor buitenschoolse opvang vordert het dagforfait niet in voor dagen waarop geen opvang wordt aangeboden.

In afwijking van het eerste lid vordert de locatie voor buitenschoolse opvang, in geval van een afwezigheid wegens ziekte van het kind die gestaafd is met een medisch attest van meer dan zeven opeenvolgende kalenderdagen, vanaf de achtste kalenderdag geen dagforfait in voor de resterende duur van het medisch attest. Daartoe wordt het medisch attest uiterlijk op de datum waarop het medisch attest afloopt, ingediend bij de locatie voor buitenschoolse opvang."

Art. 10 – De bijlage van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 14 december 2023, wordt vervangen door de bijlage gevoegd bij dit besluit.

Art. 11 – Dit besluit treedt in werking op 30 juni 2026, met uitzondering van artikel 8, 4°, dat in werking treedt op de datum die de Minister van Gezin bepaalt.

Art. 12 – De minister bevoegd voor Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, ...

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid
L. KLINKENBERG

**Bijlage bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014
betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang**

**Bijlage bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en
andere vormen van kinderopvang**

Inkomen in EUR	Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding in EUR
Inkomensklassen	Dagforfait overeenkomstig art. 82, § 1
0,00-45.999,99	1,53
46.000,00-57.499,99	6,12
57.500,00-68.999,99	7,65
69.000,00-80.499,99	9,18
80.500,00-91.999,99	10,71
92.000,00-103.499,99	12,24
103.500,00-114.999,99	13,77
115.000,00-126.499,99	16,26
126.500,00-137.999,99	17,79
138.000,00-149.499,99	19,32
149.500,00-160.999,99	20,85
161.000,00-172.499,99	22,38
172.500,00-183.999,99	23,91
184.000,00-199.999,99	25,44
minstens 200.000,00	26,97

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

Eupen, ...

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid
L. KLINKENBERG